

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 1

Ausgegeben am 1. April 1921

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Hardings Politik

Von Heinrich Cunow

Die Verhandlungen der Londoner Konferenz und die Vorbereitungen für die Abstimmung in Oberschlesien haben dermaßen die Aufmerksamkeit der deutschen Zeitungsleser in Anspruch genommen, daß der am 4. März erfolgte Amtsantritt des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Warren Gamaliel Harding, und die von ihm bei diesem Anlaß gehaltene Antrittsrede in Deutschland wenig Beachtung gefunden haben. Den Blick auf London gerichtet, haben die deutschen Blätter sich meist damit begnügt, einen kurzen Bericht über Hardings Geschäftsübernahme zu bringen und an die von ihm auf der Freitreppe des Kapitols nach altem Brauch verlesene Rede die Bemerkung zu knüpfen, daß sie sehr geschäftsmäßig gehalten sei, die Erwähnung der Frage eines Sonderfriedensschlusses mit Deutschland vermeide und die Absicht der Nichteinmischung in die politischen Angelegenheiten der Alten Welt verkünde. Sicherlich, die Fassung der Antrittsrede Hardings hat etwas Rüchternes und Geschäftsmäßiges. Sie gleicht, wenn auch ihre politische Bedeutung über derartige Geschäftsreden weit hinausgeht, fast den wohlabgewogenen Reden, mit denen amerikanische Finanzmänner und Eisenbahnmagnaten vor einer Körperschaft von Fachgenossen ihre Auffassung einer bestimmten Geschäftslage zu begründen pflegen. Die Hardingsche wohltemperierte Rede steht in dieser Beziehung zweifellos in scharfem Gegensatz zu der Rhetorik Woodrow Wilsons, der auch als amerikanischer Präsident den nach schönen Redensarten haschenden und nach sensationellen Redewendungen ausschauenden Professor nicht verleugnete und es liebte, allerlei halb- oder viertelausgedachte Probleme aufzuwerfen. Harding spricht als politischer Geschäftsmann, der, bevor er bestimmte Ansichten und Forderungen ausspricht, genau erwägt, was ihre Wirkung sein könnte. Gerade aber deshalb, weil Harding seine Worte abwägt und als strenger Parteimann nichts anderes sagt, als was er vorher im Kreise maßgebender republikanischer Parteiführer besprochen und dort als Parteimeinung vernommen hat, ist seiner Antrittsrede um so größere Bedeutung beizumessen. Es ist viel weniger die Persönlichkeit Hardings selbst als die Auffassung und der Wille der republikanischen Parteileitung, was aus seinen Sätzen spricht.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist die Rede Hardings durchaus nicht, wie manche deutsche Blätter behauptet haben, nichts sagend. Sie eröffnet vielmehr, besonders wenn man sie mit den in der Republikanischen Partei wirksamen Wirtschaftstendenzen und mit der von Harding vorgenommenen Wahl des neuen Kabinetts vergleicht, einen interessanten Ausblick in die Richtung der neuen amerikanischen Regierungspolitik, die fortan

nicht nur von ungleich größerem Einfluß auf die Weltwirtschaftslage, sondern auch auf die ganze politische Weltgestaltung sein wird, als jemals vor dem Kriege die amerikanische Unionspolitik gewesen ist.

Das scheint zwar im Widerspruch zu Hardings Antrittsrede zu stehen, die nach den üblichen Komplimenten an das amerikanische Volk und seine Verfassung betont, daß die neue Regierung die Absicht habe, sich nicht in die Angelegenheiten der Alten Welt verwickeln und in ihr Wirrsal hineinziehen zu lassen. Daraus nun aber zu folgern, daß Harding völlig darauf verzichtet, dort in auswärtige Absichten und Bestrebungen einzugreifen, wo es nach seiner Ansicht die wirtschaftlichen und politischen Interessen der in der Republikanischen Partei herrschenden kapitalistischen Kreise erfordern, wäre ein arger Fehlschluß. Die betreffende Äußerung ist vielmehr nur als ein äußeres Zugeständnis an die heutige kriegsmüde Stimmung des amerikanischen Volkes aufzufassen, das von dem sogenannten europäischen Skandal die Nase voll hat und von einer Anteilnahme an diesem das Hineingezogenwerden in neue kriegerische Konflikte befürchtet. Ausdrücklich spricht Harding nur von einem »Notinvolvement«, einer Nichtverwicklung in europäische Angelegenheiten. Daß die Hardingsche Regierung auch eine Einmischung in südamerikanische, ostasiatische oder ozeanische Angelegenheiten ablehnt, wird nirgends gesagt. Aber auch jederzeit in europäische Wirren und Konflikte einzugreifen, behält sich, falls sie es für nötig halten sollte, die neue republikanische Regierung vor; denn was anderes bedeutet der der obigen Erklärung folgende Satz: »Wir werden keinerlei Verantwortung übernehmen, es müßte denn sein, daß unser Gewissen und unser Urteil uns dazu bestimmen sollten; unsere Augen werden sich auch niemals einer Drohung verschließen, die uns erwachsen könnte, noch werden wir dem Rufe der Zivilisation gegenüber taub bleiben«?

Also wenn das amerikanische Gewissen das erfordert, oder Amerika sich irgendwie bedroht fühlt, oder es ein Eingreifen im Interesse der Zivilisation für nötig findet, will auch die Hardingsche Regierung sich eventuell in europäische Konflikte einmischen. Im Grunde genommen heißt das nichts anderes als: »Wir lehnen eine Einmischung ab, bis wir sie in unserem Interesse für geboten erachten!« Welche Beweggründe lassen sich nicht mit einiger Sophistik unter dem Begriff des Gewissens- und Zivilisationserfordernisses oder der jetzigen und künftigen Bedrohung einreihen.

Tatsächlich zieht sich denn auch wie ein roter Faden durch die ganze Rede Hardings der Grundsatz: »Wir wollen freie Hand behalten, unseren Interessen entsprechend zu handeln, und lehnen deshalb jegliche uns unbequeme Bindung durch fremde Mächte ab!« Die Rede ist demnach ein Bekenntnis zu einer rein amerikanischen Interessenpolitik. Das amerikanische Interesse soll entscheiden, richtiger das amerikanische Interesse, wie die maßgebenden Führer der Republikanischen Partei es verstehen, denn Harding ist, wie schon erwähnt wurde, ausgesprochener Parteimann, Rechtsrepublikaner — nicht aus äußerem Zwang, sondern weil er mit seinen Ansichten fest in den Traditionen und Grundauffassungen seiner Partei wurzelt, wie er denn auch im Kreise seiner Bekannten als guter »middle-of-the-way-man« (Mann, der den Mittelweg einzuhalten weiß) gilt. Daß er wie Wilson

aus der Reihe fangt und sich wie dieser allerlei kuriose Fortrotts nach eigener Melodie leistet, wird schwerlich vorkommen. Das zeigen schon die Namen der Mitarbeiter, die er sich erkoren und auf hohe Regierungsposten berufen hat. Voran der neue Staatssekretär (Ministerpräsident) Charles Evans Hughes, früher Rechtsanwalt, dann Gouverneur des Staates New York, als welcher er sehr energisch für die unter dem Namen »Blue laws« bekannten puritanischen Gesetze, besonders für das Alkoholverbot und die strenge Sonntagsfeier, eingetreten ist. Unzweifelhaft ein Mann mit bedeutenden juristischen Kenntnissen und Verwaltungsfähigkeiten, ist er vom Scheitel bis zur Sohle Amerikaner mit ausgesprochener Vorliebe für das Angelfachsentum, ein Verehrer der amerikanischen Konstitution, der in dieser das Muster für alle Verfassungen der Welt erblickt, und der im Jahre 1916 als Präsidentschaftskandidat seine Wahlkampagne unter der charakteristischen Devise »America first« (zuerst Amerika) geführt hat.¹ Dann Herbert Hoover, der neue Handelsminister, bekannt als Lebensmittelversorgungsorganisator und als Politiker, aus dessen Äußerungen über Europas Wirtschaftslage ein gewisser Weisklick spricht, der aber ebenfalls als Vertreter des selbstbewußten Anglo-Amerikanismus in der nordamerikanischen Union den bestregierten aller Bundesstaaten und die Hoffnung einer besseren Zukunft sieht. Ferner Senator Albert Bacon Fall, neuernannter Minister des Innern, zugleich Bergwerks- und Viehfarmbesitzer, ausgesprochener Imperialist, der sich mehrfach für eine Intervention in Mexiko ausgesprochen hat, jedoch nicht in gleichem Maße an Anglomanie krankt wie Hughes. Schließlich der zum Kriegsminister gemachte Senator Weeks aus Massachusetts, ebenfalls wie Fall ein »big business man«, der an großen industriellen Unternehmungen beteiligt ist und mit den in der republikanischen Partei weitverbreiteten imperialistischen Bestrebungen sympathisiert.

Man kann deshalb das Hardingsche Kabinett als ein imperialistisch angekränkelttes Geschäftsmänner-Ministerium bezeichnen, das sich in erster Reihe die Wahrung und Jurgeltungbringung der amerikanischen Finanz- und Handelsinteressen angelegen sein lassen wird. Dazu aber gebraucht er notwendig freie Hand. Daher die seit Friedensschluß in amerikanisch-republikanischen Blättern und auch von Harding wieder in seiner Antrittsrede bekundete Weigerung, dem sogenannten Völkerbund beizutreten, und die Forderung einer Ersetzung dieses lediglich der Aufrechterhaltung der englisch-französischen Machtstellung dienenden Zweckverbandes durch ein Weltschiedsgericht — eine Forderung, die Harding selbst in seiner Rede mit den unmißverständlichen Worten begründete: »Amerika kann keinerlei politische und wirtschaftliche Verpflichtungen übernehmen, die unsere Entschließungen einer Autorität unterordnen, die nicht die unserige ist.«

¹ Inzwischen ist bereits, wie telegraphisch gemeldet wird, Hughes von seinem Amt als Staatssekretär (der Staatssekretär ist in Amerika zugleich Außenminister und Kabinettspräsident) zurückgetreten, angeblich, weil er mit Hoover den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Völkerbund verlangt hat, von dem die übrigen Minister und Harding selbst nichts wissen wollen. Ob diese Stellungnahme tatsächlich der Grund seines Rücktritts ist, läßt sich bisher nicht erkennen; seine Voreingenommenheit für das Angelfachsentum spricht aber für solche Einstellung zu England und zur Entente.

Fordert das Hardingsche Regierungsprogramm dieser Art auf dem Gebiet der auswärtigen Politik völlig freie Hand, ungebunden durch Bündnisverpflichtungen, so verheißt es auf innerem Gebiet den in der Republikanischen Partei vertretenen Kapitalinteressenten möglichste Berücksichtigung ihrer Wünsche. Den amerikanischen Industriellen, aus deren Kreisen in letzter Zeit wieder der dringliche Ruf nach Schutzgesetzen gegen den fremden Wettbewerb, das heißt nach Erhöhung einer Reihe Zolltarifpositionen erfolgt, wird mit der Begründung, daß der amerikanische Lebensstandard nicht sinken dürfe, der Schutz der amerikanischen Industrie versprochen; den Reedern die Erhaltung einer starken Handelsflotte, damit künftig die amerikanischen Exporte mit amerikanischen Schiffen über das Meer befördert werden könnten; den Gewerbetreibenden, daß die Regierung jeden unberechtigten Eingriff in das Geschäftsgetriebe vermeiden werde — ein Versprechen, das nichts anderes besagt, als daß der Profit nicht durch Einführung neuer Fabrikgesetze usw. geschmälert werden soll. Dagegen erhält die amerikanische Arbeitererschaft, obgleich sie wesentlich zum Sieg Hardings beigetragen hat, keine Vorteile zugesichert — wenn man nicht etwa in der unklaren Redewendung, daß eine »weitherzige Verteilung der Früchte der Arbeit« stattfinden müsse, so etwas wie ein Versprechen an die Arbeiter sehen will. In Wirklichkeit ist diese Redensart jedoch ganz anders gemeint, und wenn es auch kaum richtig sein dürfte, daß die Hardingsche Regierung eine direkt arbeiterfeindliche Richtung einschlagen wird, so ist doch mit Sicherheit zu erwarten, daß bei allen ernstlichen Konflikten zwischen Unternehmertum und Arbeitererschaft sie auf der Seite der Unternehmer stehen wird.

Deutsche Blätter fühlten sich, als die ersten Berichte über den Inhalt der Hardingschen Kapitolrede einliefen, dadurch in ihren Erwartungen getäuscht, daß diese nicht den Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland ankündigte, überhaupt Deutschland und sein Verhältnis zur Entente gar nicht erwähnte. Aus den gelegentlichen Äußerungen amerikanischer Blätter über die Notwendigkeit einer Hebung der mitteleuropäischen Wirtschaftslage oder aus gereizten Bemerkungen über die Forderungen der Pariser und Londoner Konferenzen hatten sie herausgelesen, daß die Sympathie mit dem deutschen Volke oder gar die Deutschfreundlichkeit auch in den amerikanischen Regierungskreisen enorm gewachsen sei, und wunderten sich nun, in der Hardingschen Antrittsrede davon nichts zu finden. Solche Erwartung zeigt nur, wie verkehrt die Grundmotive der amerikanischen Politik noch immer beurteilt werden. Der Satz, daß jede Politik sich letzten Endes nach den großen wirtschaftlichen Interessen richtet, gilt noch mehr als von den europäischen Staaten von dem großen Freistaat jenseits des Atlantischen Ozeans und ganz besonders von der jetzigen republikanischen Parteiherrschaft. Nicht einseitige Sympathien und Antipathien, sondern nüchterne Interessen- und Nützlichkeitsabwägungen bestimmen deren Haltung zu den Fragen der auswärtigen Politik. Wohl erscheint einem großen Teil der amerikanischen Geschäftswelt das Weiterbestehen des Kriegszustandes mit Deutschland als lästig und hinderlich, und man wünscht deshalb in diesen Kreisen die Beseitigung dieses Zustandes; aber gerade zu einer Zeit, wo sich der Konflikt zwischen Deutschland und der Entente zuspitzt und die Ankündigung der Absicht eines solchen Sonderfriedensschlusses als eine Parteinahme gegen die Entente aufgefaßt werden könnte, darauf

bezügliche Erklärungen in eine regierungsprogrammatifche Präſidentenrede aufzunehmen, läßt der praktiſche Wirklichkeitsſinn der amerikaniſchen Interellenpolitiker nicht zu. Andererſeits aber fühlte man drüben ebenſo wenig das Bedürfnis, der Entente gegenüber in irgendwelcher Form ſeine Haltung feſtzulegen, und ſo ließ man eben einfach jede Äußerung über die Verſailler Friedensbedingungen und über die Ententeforderungen aus der Rede heraus, wie ja in dieſer auch kein Satz über die Amerikas Öffentlichkeit weit mehr beſchäftigende mexikaniſche und japaniſche Frage, die Einwanderung aus Oſtaſien, die Stellung zu den mittelamerikaniſchen Händeln uſw. zu finden iſt.

Wollen wir die offizielle amerikaniſche Politik verſtehen — und ein Verſtändnis dieſer Politik iſt in Anbetracht der überragenden Bedeutung, die Amerika in der Weltwiſchaft erlangt hat, durchaus nötig —, dann dürfen wir ſie nicht nach deutſchen Geſichtspunkten und nach deutſchen Wünſchen beurteilen, vor allem dürfen wir weder ihre Maxime »America firſt« außer Betracht laſſen, noch die Tatſache, daß in dem Interellenkreis der amerikaniſchen Geſchäftswelt Deutschland vorerſt doch nur eine recht beſcheidene Stelle einnimmt. Wichtiger als der deutſche Wiſchaftsmarkt dünken den amerikaniſchen Kapitaliſten die großen finanziellen Engagements bei den Ententestaaten, und wenn die amerikaniſchen Exporteure ein Interelle daran haben, daß ihre Ausfuhr nach Deutschland nicht durch Zollmaßnahmen und Ausfuhrabgaben der Entente gehindert wird, ſo noch weit mehr die amerikaniſche Bankfinanz daran, daß Frankreichs Zahlungsfähigkeit erhalten bleibt und es daher von Deutschland anſehnliche Kriegsentſchädigungssummen erhält. Ich ſtehe daher auch den Bemühungen der franzöſiſchen Regierung, einen weſentlichen Teil der Schuldforderungen, die Amerika an Frankreich hat, in Schuldforderungen Amerikas an Deutschland umzuwandeln, ebenſo ſkeptiſch gegenüber wie den Hoffnungen mancher deutſchen Finanzpolitiker auf Unterbringung einer großen ſtaatl. deutſchen Anleihe auf dem amerikaniſchen Geldmarkt. Zu einer Erweiterung der deutſchen Firmen gewährten Kredite, beſonders der Rohſtoffkredite, mag man ſich drüben im Interelle einer vermehrten Ausfuhr nach Deutschland wohl verſtehen, ſchwerlich aber zur Übernahme einer großen deutſchen Milliardenanleihe.

Wenn ich trotzdem verſchiedentlich einer Anlehnung der deutſchen an die amerikaniſche Wiſchaft das Wort geredet habe, ſo deßhalb, weil nach meiner Anſicht die weiteren Wege der amerikaniſchen und deutſchen Wiſchaftsentwicklung ſich an vielen Punkten berühren werden und das amerikaniſche Wiſchaftsgetriebe trotz der zwiſchen dem amerikaniſchen und engliſchen Kapital beſt. Verſp. in ſeinem Konkurrenzkampf gegen die engliſchen Ausdehnungsbeſtrebungen vielfach auf die Unterſtützung und die Hilfeleiſtung der deutſchen Wiſchaftstätigkeit angewieſen ſehen wird. Zwar wird in dieſem Interellenverhältnis wohl der deutſchen Wiſchaft vielfach nur die Rolle eines Agenten und Markthelfers zuſallen, aber auch in dieſer Rolle werden ſich dem deutſchen Unternehmungsgeiſt mannigfache Gelegenheiten zur Wiedergewinnung verlorener Poſitionen bieten.